

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: **367**
KARL HONAY

Wien, am 20. November 1931.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1932.

Das Budget für das kommende Verwaltungsjahr steht unter dem Zeichen der schweren Wirtschaftskrise. Tief einschneidend sind die Abstriche, die gemacht werden **mussten**. Die sehr bedeutende Verschlechterung der Abgabenteilung zu Ungunsten Wiens und der allgemeine Steuerrückgang wirken zusammen. Um zu einem richtigen Vergleich zu gelangen, darf man nicht vom Voranschlag 1931 ausgehen, der schon in den letzten Monaten einer Reihe von Einschränkungen unterworfen worden ist. Ein zutreffendes Bild bietet hingegen das abgeschlossene Verwaltungsjahr 1930, für das der Rechnungsbericht bereits vorliegt. Demgegenüber sind die Unterschiede ungeheuer.

Im Jahre 1930 hat die Gemeinde an Abgabenertragsanteilen und Entschädigung für die Einhebung der Bundesabgaben tatsächlich 144,379.354 Schilling erhalten. Für 1932 werden es nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen bloss 91,765.000 Schilling sein. Bei dieser einen einzigen Post ergibt sich also eine Mindereinnahme von 52,614.000 Schilling.

Selbstverständlich leiden auch die Gemeinde- und Landesabgaben unter der furchtbaren Not. Im Jahre 1930 war der Erfolg 201,690.102 Schilling. Für 1932 rechnet der Magistrat nur mehr auf 174,185.000 Schilling. Dabei wurde aber keine pessimistische Rechnung aufgestellt. Der Erfolg der ersten 10 Monate 1931 dient als Grundlage. Trotzdem ein Fehlbetrag von 27,505.000 Schilling! Das ist also ein Gesamtrückgang an Abgabenertragsanteilen und eigenen Steuern von über 80,000.000 Schilling. Dazu kommt, dass im Verwaltungsjahre 1930 noch überdies 16 1/2 Millionen Schilling aus den Kassenbeständen für die Ausgaben herangezogen werden konnten. Angesichts der sehr knapp gewordenen Kassenbestände versagt dieses Aushilfsmittel fast gänzlich.

Nach Ausscheidung der bloss buchmässigen Durchführungsposten, die in einem eigenen Ausweis zusammengefasst sind, ergibt es sich, dass für das Jahr 1932 kassamässig wirksame Einnahmen von 374,401.000 Schilling veranschlagt sind. Die kassamässig wirksamen Ausgaben betragen 375,246.000 Schilling. Sie sind geringer als die des Jahres 1927. Der verbleibende Gebarungsabgang von rund 785.000 Schilling wird auf die Kassenbestände und Guthaben verwiesen. Im letzten Erfolgsjahr 1930 waren die kassamässig wirksamen Ausgaben 461,810.000 Schilling. Der Abstrich ist demnach Schilling 86,564.000 oder 18 3/4 Prozent.

Eine auch nur annähernd gleichmässige Kürzung der Ausgaben ist naturgemäss unmöglich. Insbesondere ist der Personalaufwand weit weniger gekürzt worden, was zu umso stärkeren Abstrichen beim Sachaufwand nötigte.

Der Ausgleich wird der Hauptsache nach durch eine starke Einschränkung der Wohnbau- und Investitionstätigkeit hergestellt. Für Wohnhausbauten wurden 1930 rund 95,083.000 Schilling verausgabt; 1932 sind 50,000.000 Schilling veranschlagt. Investitionen verschiedener Art erforderten 1930 die Summe von 30,499.000 Schilling, die 1932 auf 4,877.000 Schilling heruntersinkt. Ein sehr erheblicher Abstrich von 11,000.000 Schilling ergibt sich bei den Strassenherstellungen. So zwingend notwendig es ist, das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt herzustellen, darf dies doch nicht über die damit verbundenen schweren Wirtschaftsfolgen täuschen. Tausende Arbeiter, die noch im Jahre 1930 von der Gemeinde beschäftigt worden sind, werden im Jahre 1932 feiern müssen. Die gleiche Erscheinung ist leider bei allen öffentlichen Verwaltungen und den mit ihnen im Zusammenhang stehenden Monopolen zu verzeichnen. Abgesehen von dem mit jeder Vermehrung der Arbeitslosigkeit verknüpften menschlichen Elend, ist aber auch die rein fiskalische Wirkung dieser Drosselungen **nicht** zu übersehen. Tausende werden aus Vollverdienern zu Empfängern einer kargen Arbeitslosenunterstützung und scheiden zum

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 20. November 1931.

grössten Teil als Verbraucher aus. Bund, Länder und Gemeinden verlieren Steuern und werden gleichzeitig durch höhere Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützungen, Notstandsauhilfen und die gesteigerte Inanspruchnahme der Fürsorgeeinrichtungen schwer belastet, so dass eigentlich als Wirkung dieser Sparmassnahmen neue Einschränkungen mit der gleichen verhängnisvollen Wirkung sich als notwendig erweisen.

Personalangelegenheiten:

In der letzten Zeit ist bekanntlich eine Regulierung der Personalbezüge erfolgt. Es drückt sich dies dahin aus, dass der Personalaufwand für 1932 Schilling 184,273.000 ausmacht, während laut Rechnungsabschluss 1930 für Personalzwecke 193,290.000 Schilling ausgegeben worden sind. Der Unterschied ist also rund 9,000.000 Schilling. Jene Mehrausgaben, die sich durch die pragmatische Vorrückung ergeben und für 1931 und 1932 zusammen etwa 3'8 Millionen Schilling ausmachen, sind im Aufwand von 184,273.000 Schilling enthalten.

Der Personalstand nach dem Stichtag vom 1. August 1931 gliedert sich in der folgenden Weise:

- 14.178 Angestellte nach der allgemeinen Dienstordnung,
- 5.838 Lehrpersonen " " " "
- 1.004 Angestellte nach der Dienstordnung der Feuerwehr,
- 1.614 Bedienstete im Kollektivvertrage,
- 2.341 Vertragsangestellte, worunter sich 1.044 Saisonarbeiter befunden haben.
- 24.975 zusammen.

Darüber hinaus sind bei der Gemeinde noch in Verwendung 284 geistliche Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten, 21 Rudolfinerinnen im Karolinen-Kinderspital und 328 nebenberufliche Lehrpersonen für Fremdsprachen, Religionsunterricht etc. Dazu kommen noch 10.468 Pensionsparteien. Es ist also insgesamt ein Kreis von 36.076 Personen, die in den genannten Kategorien eingeordnet sind. Die Angestellten des einstigen Landes Niederösterreich und der Donau Regulierungskommission, zu deren Pensionskosten Wien beizutragen hat, sind nicht mitgezählt. Ebenso nicht die gesamte Angestelltenschaft der städtischen Unternehmungen.

Finanzwesen:

Die Gemeinde- und Landesabgaben und Zuschläge zu den Bundesgebühren sind für 1932 im Vergleich zu dem eingeklammerten Erfolg des Beobachtungsjahres 1930 mit den nachstehenden Erträgnissen veranschlagt:

Grundsteuer	480.000 S	(492.059 S)
Wohnbausteuer.....	35,800.000 "	(36,257.648 ")
Bodenwertabgabe vom verbauten Grunde.....	2,400.000 "	(2,672.733 ")
Bodenwertabgabe vom unverbauten Grunde...	1,800.000 "	(1,168.552 ")
Fürsorgeabgabe.....	64,000.000 "	(75,865.749 ")
Lustbarkeitsabgabe.....	15,000.000 "	(15,958.478 ")
Nahrungs- oder Genussmittelabgabe.....	10,600.000 "	(12,385.401 ")
Fremdenzimmerabgabe.....	3,000.000 "	(4,273.861 ")
Wertzuwachsabgabe.....	7,500.000 "	(8,269.727 ")
Ankündigungsabgabe.....	900.000 "	(893.883 ")
Anzeigenabgabe.....	3,300.000 "	(3,634.427 ")
Hauspersonalabgabe.....	1,300.000 "	(1,848.749 ")
Pferdeabgabe.....	40.000 "	(46.126 ")
Hundeabgabe.....	850.000 "	(893.670 ")
Feuerversicherungsabgabe.....	3,900.000 "	(3,865.722 ")

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 20. November 1931.

Feilbietungsabgabe.....	300.000 S	(717.678 S)
Konzessionsabgabe.....	500.000 "	(495.717 ")
Verwaltungsabgabe und Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens.....	1,000.000 "	(1,059.985 ")
Wasserkraftabgabe.....	4,800.000 "	(4,599.942 ")
Bierabgabe: 6 Schilling vom Hektoliter	7,800.000 "	(9,868.224 ")
Bierabgabe: 3'8 Schilling vom " "	4,900.000 "	(6,250.637 ")
Zuschlag zu den Immobiliargebühren....	2,960.000 "	(5,013.464 ")
Zuschlag zum Gebührenäquivalente.....	515.000 "	(90.333 ")
Zuschläge zu den Gebühren von Totalisa- teur- und Buchmacherwetten.....	540.000 "	(387.614 ")

Die Ausgaben für Gemeindeanleihen erfahren durch das neue Abkommen wegen der 1902er Anleihe, das am 1. Jänner 1932 in Kraft tritt, gegenüber 1930 eine Erhöhung um rund 4,500.000 Schilling auf 24,700.000 Schilling. Vom Schuldendienst entfallen auf die Hoheitsverwaltung bloss 1,571.000 Schilling oder weniger als 1/2 Prozent der gesamten Ausgaben. Die Tatsache, dass in der Nachkriegszeit keine nennenswerten Schulden aufgenommen worden sind, macht sich nun in der Zeit der grossen Einschränkung erleichtend fühlbar.

In der Finanzgruppe sind auch die Abfuhr der städtischen Unternehmungen verrechnet, die sonst gesondert ihre Rechnung legen. Gaswerk, Elektrizitätswerk und Strassenbahn werden auch im Jahre 1932 nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung geführt. Eine Abfuhr an die Gemeindekasse ist nicht in Aussicht genommen. Beim Brauhaus macht sich die Tatsache des so stark rückgängigen Bärverbrauches selbstverständlich auch im Gebarungsergebnis geltend. Dementsprechend sind als Ertrag statt der 824.000 Schilling des Jahres 1930 nur 400.000 Schilling veranschlagt. Von der städtischen Anknüpfungsunternehmung werden 116.000 Schilling erwartet. Die städtische Leichenbestattung, die bisher ihre Ueberschüsse als Reserve behalten hat, wird mit 200.000 Schilling zum Haushalte der Gemeinde beitragen.

Für Subventionen, Ehrenpensionen, Ehrenpreise sind insgesamt 827.000 Schilling vorgesehen. Es entspricht dies einer Kürzung um rund ein Drittel im Vergleich zu den tatsächlichen Aufwendungen im Jahre 1930.

Für Hebung des Fremdenverkehrs werden 1,260.000 Schilling gewidmet.

Die in früheren Jahren enthalten gewesene Post für Empfänge wurde mit Rücksicht auf die Krise gänzlich gestrichen.

Das Verwaltungsjahr 1932 wird jedenfalls freibleiben müssen von Ueberschreitungen der einzelnen Budgetposten. Demgemäss ist auch die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben nicht mehr mit 5,000.000 Schilling, sondern mit 2,000.000 Schilling für Fälle ganz unabweisbarster Art präliminiert.

Wohlfahrtswesen:

Im Jahre 1930 sind für diesen Zweig der Gemeindetätigkeit netto 100,766.000 Schilling ausgegeben worden. Darunter haben sich Investitionen von 9,646.000 Schilling befunden, so dass auf den eigentlichen Betrieb rund 91,000.000 Schilling entfallen sind. Im kommenden Jahre sind Investitionen nur ganz bescheidener Natur vorgesehen; sie betragen bloss 636.000 Schilling. Der laufende Betrieb des Wohlfahrtswesens erfordert netto rund 93,000.000 Schilling, also trotz verminderten Personalkosten noch immer mehr als 1930. Darin kommt die Wirtschaftsnot sichtbar zum Ausdruck, die ja für die Gemeinde nicht bloss eine Verminderung der Steuereinnahmen, sondern zur gleichen Zeit auch eine Erhöhung der Wohlfahrtsausgaben nach sich zieht. Alle bei den Anstalten erzielten Ersparnisse, insbesondere jene, die sich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 20. November 1931.

durch die Stilllegung der Erziehungsanstalten in Meidling und Döbling, der Erholungsstätte Kreuzwiese, der Kinderheilanstalt Sulzbach-Ischl und des Erholungsheimes in Lussin Grande ergeben, werden voll aufgehoben durch die Tatsache, dass Wien zu den Notstands-aushilfen für Arbeitslose und den Kosten der Altersfürsorge um 3'6 Millionen Schilling mehr zu leisten hat als 1930. Die Geld- und Sach-aushilfen durch den Magistrat und die Fürsorge-institute sind mit Rücksicht auf die "Winterhilfe" um 1.000.000 Schilling höher veranschlagt. Unverändert bleiben der Beitrag an das Wiener Jugend-hilfswerk mit 200.000 Schilling und die Subvention an die Aktion "Lehr-linge aufs Land" mit 50.000 Schilling. Zum erstenmal erscheint in dieser Gruppe die Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus Bains mit einem Aufwand von rund 450.000 Schilling. Für die Kleinrentnerhilfe sind 1.833.000 Schilling vorgesehen, für Stipendien in verschiedenen Lehranstal-ten 285.000 Schilling. Die Schülerspeisung in den Schulen erfordert 2.433.000 Schilling, die Säuglingswäsche für Neugeborene 500.000 Schilling. Bei der letzteren Post wird mit Rücksicht auf die sinkende Geburtenzahl mit einer schwächeren Inanspruchnahme gerechnet.

Wohnungswesen:

Wie bereits an anderer Stelle des Berichtes hervorgehoben, sind für Wohnhausbauten im nächsten Jahr 50.600.000 Schilling in Aussicht genommen. Davon werden etwa 12'5 Millionen auf die Fertigstellung der auf Grund der Bundeswohnbauförderung begonnenen Häuser entfallen, der übrige Betrag auf den Wohnhaus- und Siedlungsbau mit Hilfe der Wohnbausteuer. Die Wohnhäuser-verwaltung veranschlagt Mietzinse von insgesamt 7.741.000 Schilling und als Ersatz für Benützung der Wäscherei- und Badeanlage 1.565.000 Schilling. Die Reserve für grössere Instandsetzungen wird eine Erhöhung um 3.706.000 Schilling erfahren.

Technische Angelegenheiten:

Für die Ausgestaltung der Wasserversorgungsanlagen sind 2.136.000 Schilling präliminiert. Für Kanalbauten 600.000 Schilling, für die Verbes-derung der Hauskehrabfuhr 100.000 Schilling. Starke Einschränkungen sind die Ausgaben für den Strassenbau unterworfen worden. Gegenüber dem Aufwand des Jahres 1930 von 17.000.000 Schilling tritt eine Verringerung um 11.000.000 Schilling auf 6.000.000 Schilling ein. Der Betrieb Wasser-versorgung schliesst mit einer Nettoeinnahme von rund 4.000.000 Schilling, ohne dass eine Erhöhung der Gebühren oder eine Einschränkung des Freiwas-sers beabsichtigt ist. Es unterbleibt lediglich die in den früheren Jahren geübte Dotierung des Reservefonds. Für die öffentliche Beleuchtung sollen auch im nächsten Jahr 750.000 Schilling aufgewendet werden. Der VII. und VIII. Bezirk sind bereits fertig ausgebaut. In allen anderen Bezirken kommen neue Strassenzüge zur Elektrifizierung.

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten:

In dieser Gruppe wird das Schulwesen verrechnet. Von dem Gesamtaufwand entfallen 64.591.000 Schilling auf das Personal, 6.180.000 Schilling auf den Sachaufwand. Unter dem Sachaufwand befinden sich die unentgeltlich abgegebenen Lernmittel mit einem Erfordernis von knapp 1.000.000 Schilling. Die Lagerhäuser haben nach wie vor unter den geänderten handelspolitischen Verhältnissen gegenüber der Vorkriegszeit zu leiden. Immerhin können die Betriebsausgaben mit Ausnahme der Wertabschreibungen und der Verzinsung der Gebarungabgänge der früheren Betriebsjahre nahezu restlos gedeckt werden. Bei den Amtserfordernissen treten die Sparmassnahmen sichtbar in

Erscheinung. Für die Nachschaffung von Amtseinrichtungsgegenständen wurden 1930 noch 441.000 Schilling verausgabt. Für das kommende Jahr sind bloss 60.000 Schilling vorgesehen. Der Stand der Dienstkraftwagen ist mit insgesamt 7 festgesetzt. Die Kosten erfahren im Vergleich zu 1930 eine Verminderung um mehr als die Hälfte und machen 154.860 Schilling aus.

Allgemeine Verkehrsangelegenheiten:

Der Personalstand der Gemeindewache wird auf 200 Mann herabgesetzt. Während für das laufende Verwaltungsjahr noch Betriebsausgaben von 4,108.000 Schilling veranschlagt wurden, macht der Gesamtaufwand für 1932 bloss 918.000 Schilling aus. Bei der Feuerwehr werden trotz Sparmassnahmen neue Geräte für 191.000 Schilling angeschafft. Für die kommenden Gemeinderatswahlen sind Ausgaben von 480.000 Schilling eingesetzt. Leider musste auch die Subvention für Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte der starken Einschränkung auf 20.000 Schilling unterworfen werden. Zur Förderung der Gegenwarts Kunst durch Ankäufe oder Ausführung von Kunstwerken stehen die Kreditreste aus den Vorjahren von 140.000 Schilling zur Verfügung.

*

In der äusseren Form unterscheidet sich der Voranschlag für 1932 wesentlich von dem vorhergegangenen. Einer Anregung des Rechnungshofes entsprechend, sind 20 Betriebszweige, die früher doppelt verrechnet worden sind, nunmehr kameral dargestellt. Auch sonst sind sehr viele Vereinfachungen bewirkt worden, die den Voranschlag übersichtlicher und zugleich auch weit weniger umfangreich machen. Die Bemühungen waren auch darauf gerichtet, die blossen Wertdurchführungen soweit als möglich zu verringern.

Der Voranschlag 1932 trägt das Gepräge der weitestgehenden Einschränkung. Als Normalbudget kann er nicht gelten, weil auch die Zeiten, die jetzt überwunden werden müssen, als abnormal anzusehen sind.

Gleichzeitig gelangen auch die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmen für 1932 zur Versendung. Das Gaswerk schliesst nach Abschreibungen von den Einlagewerten im Ausmass von 10,260.000 Schilling und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse im Betrage von 440.000 Schilling mit einem Gebarungüberschuss von 71.000 Schilling. Für Investitionen sind 7.362.000 Schilling veranschlagt, die ihre Bedeckung aus den Abschreibungsbeiträgen und Kassabeständen finden.

Auch die Elektrizitätswerke präliminieren einen bescheidenen Gebarungüberschuss nach Abschreibungen von 13,935.000 Schilling und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse von 500.000 Schilling. Eine Rücklagepost von 4,500.000 Schilling entspricht genau dem bei der Ueberlandzentrale Ebenfurth errechneten Gebarungsabgang. Dieses infolge älterer Maschinen ungünstig arbeitende Werk muss noch bis zur Erschöpfung der Tagbaue der Braunkohlegewerkschaft Zillingdorf aufrechterhalten werden. Die Elektrizitätswerke haben für Investitionen und R. stzahlungen aus dem Vorjahre 19,564.000 Schilling vorgesehen.

Die Strassenbahnen werden von der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur, von der wachsenden Arbeitslosigkeit fühlbar beeinflusst. Während die Einnahmen aus der Personenbeförderung von Strassenbahn und Stadtbahn im Jahre 1930 137,883.000 Schilling ausmachten, werden für 1932 nur mehr 123,715.000 Schilling erwartet, also ein Minderertrag von über 14,000.000 Schilling oder rund 10 Prozent. Im Vergleich zu den Betriebsrückgängen der deutschen Städte ist Wien noch immer gut daran, was wohl in erster Reihe auf die vielfachen Begünstigungen, wie Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochen- und stark ermässigte Monatskarten, zurückzuführen ist. Der grosse Fehlbetrag hat aber zur Folge, dass die eigentlich erforderlichen Abschreibungen von 17,7 Millionen Schilling nur mit 4,2 Millionen Schilling ins Verdienen gebracht werden. An Investitionen werden die Strassenbahnen 7,169.000 Schilling verausgaben.

Das Brauhaus schliesst mit einem Gebarungüberschuss von 400.000 Schilling und präliminiert für Investitionen 800.000 Schilling.

Der Gebarungüberschuss der Leichenbestattung beträgt 212.000 Schilling, die Investitionen sind mit 98.000 Schilling vorgesehen. Die städtische Ankündigungsunternehmung erwartet einen Ueberschuss von 120.000 Schilling nach Dotierung aller notwendigen Rücklagen.